

Handlungsempfehlungen z.H. Enquête-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Entscheidungen und Errungenschaften der Pandemiezeit, die Familien betreffen

1. Handlungsfeld Gesundheit

Viele Kinder und Eltern sind nach den Einschränkungen in der Pandemie bis heute gestresst. Darüber hinaus haben Krieg, Inflation und Klimakrise die Familien direkt und indirekt belastet.

Kinder und Jugendliche waren bereits mehrfach im Blick bundesweiter Programme wie „Aufholen nach Corona“. Das ist gut so, denn viele Kinder und Jugendliche waren in der Pandemiezeit nahezu ein Jahr ohne institutionelle Bildung, Betreuung und Erziehung zu Hause, was viele Spuren hinterlassen hat (keine Peerkontakte, wenig Herausforderungen und Entwicklungsanreize, Kommunikationsschwächen usw.) Weniger im Blick, aber oft erschöpft, ausgelaugt oder durch Kurzarbeit an den Rand des Existenzminimums gelangt, sind Eltern bzw. Erziehungsberechtigte. Insbesondere Eltern, die Homeoffice und Homeschooling vereinbaren mussten, waren mit vielen Herausforderungen konfrontiert und erlebten, dass sie ihre Kinder und Jugendliche nicht gut genug schützen und begleiten konnten. Sie sind weder in den Nachholprogrammen noch in gesonderten Präventionsüberlegungen für Familiensysteme für künftige Krisen gut berücksichtigt.

Insgesamt wird in Deutschland dem System Familie zu wenig Beachtung geschenkt. Projekte und Programme richten sich überwiegend an Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters. Dabei wird nicht ausreichend beachtet, wie bedeutungsvoll die Erziehungsberechtigten für ein gesundes und förderliches Aufwachsen, für Entwicklung, Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen sind. Sie beeinflussen deren Entfaltung um ein Vielfaches mehr als institutionelle Angebote es tun. Wehe den Kinder und Jugendlichen, deren Eltern sich – aus welchen Gründen auch immer - nicht in der Lage sehen, ihre angemessen zu begleiten.

1.1. Positive Erfahrungen

Nachstehende Überlegungen haben vor allem Kinder- und Familienzentren als wertvolle, zuständigkeitsübergreifende, niedrighschwellige Anlaufstellen für Familien zum Gegenstand. Kinder- und Familienzentren sind dazu da, ohne Indikation für alle Familien und ihre

Anliegen bedarfs- und ressourcenorientierte Unterstützung entweder selbst vorzuhalten oder zu vermitteln. Auch in Pandemiezeiten haben einige Familienzentren es geschafft, weiterhin Ort der Kommunikation, der Ansprache und des Austausches zu sein, so dass Familien nicht vereinsamen.

In den wenigen Familienzentren, die während der Coronazeit geöffnet blieben, haben Fachkräfte sowohl in Präsenz als auch digital Angebote für Eltern entwickelt, die diesen Entlastung, Anregung und Austauschmöglichkeiten zur Verfügung stellten. Eltern wurden weiterhin mit Bildungs- und Kontaktmöglichkeiten versorgt, sei es durch digitale Kontakte, durch Treffen draußen oder durch Tür- und Angelkontakte an der frischen Luft. Engagierte Familienzentren haben die Familien an ihrer Haustür besucht und ihnen Anregungen, Spiele, Lesestoff etc. vorbeigebracht. Das gleiche gilt für Familien- und Stadtteilzentren, die – unabhängig von Kitas – Eltern begleitet und sie motiviert haben. In vielen Familienzentren und den damit verbundenen Kitas haben durch die Pandemie Medien – digitale und Printmedien – mehr Beachtung und vor allem Anwendung erfahren. Insgesamt ist es an einigen Orten gelungen, familiären Stress etwas aufzufangen oder wenigstens Momente der Entlastung zu schaffen.

1.2. Negative Erfahrungen und Lessons learned

Bereits der Neunte Familienbericht (2021) thematisierte umfassend den wachsenden Bedarf an Familienunterstützung. Eine als zunehmend herausfordernd empfundene ‚intensivierte Elternschaft‘, so die Kerndiagnose des Berichts, setze Eltern unter Druck und verstärke Bildungsungleichheiten. Der Bericht empfiehlt daher, statt nachsorgend kompensatorisch, mit einer vorsorgenden, ‚investiven‘ und infrastrukturellen Sozialpolitik auf die Situation zu reagieren. Dasselbe gilt auch für den Gesundheitssektor! Der Fokus solle dabei verstärkt auf präventive Maßnahmen in den frühen Lebensphasen gelegt werden. Hierbei ist eine stärkere verteilungspolitische Treffsicherheit nötig, denn, wie durch den „Stresstest“ der COVID-19-Pandemie noch einmal deutlich wurde, sind auch familienunterstützende Angebote letztlich eine Verteilungsfrage.

Leider sind in Baden-Württemberg die Kinder- und Familienzentren vom Gesundheitsressort nicht als Präventionsorte anerkannt. Durch die enge Verzahnung von Kitas und Familienzentren, wo vielfach Fachkräfte aus der Kita mit einigen wenigen Stunden auch noch Familienbegleitung und Beratung erfüllen sollten, entstand ausgerechnet in der Krise die Situation, dass der Rechtsanspruch der Kita und Personalnot dazu geführt haben, familienorientierte Leistungen zu streichen. Zahlreiche Familienzentren wurden geschlossen. Die Folgen waren gravierend für die Kinder, die Eltern und die Fachkräfte, da der regelmäßige Austausch zum Wohle der Kinder sowie die Stärkung der Erwachsenen sehr zurückgefahren werden musste. Insbesondere Eltern, die prekären oder bildungsfernen Milieus angehören, können ihre Kinder und Jugendliche oft nur ungenügend begleiten, es sei denn, sie würden selbst regelmäßig unterstützt und gestärkt. Insbesondere in Krisenzeiten gilt es, Familien vor Überlastung zu bewahren und Orte vorzuhalten, wo Fortschritte und Gelingendes, auch Selbstwirksamkeit von Familien, sichtbar gemacht werden.

An dieser Stelle – bei der Beratung, Begleitung, Bildung und Betreuung von Erziehungsberechtigten - braucht BaWü dringend eine neue Strategie, um die gesundheitlichen - psychischen und physischen - Spätfolgen sowie Verhaltens- und Bildungsauffälligkeiten von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

Während der Pandemiezeit wurde die Bedeutung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz sichtbar. In erster Linie wurde dafür gesorgt, dass Kinder von Eltern mit krisenrelevanten Berufen versorgt werden könnten. Kinder- und Familienzentren sind eine Leistung nach §16, die vielgestaltig möglich ist. Es gibt keinen Rechtsanspruch für Familien auf Zentren für Familien oder präventive Leistungen. Daher wurden in BaWü die Fachkräfte aus Familienzentren, die an Kitas angedockt sind, bei Bedarf in die Kita abgezogen bzw. wurden die Fachkraftstunden für das Familienzentrum, die eh schon sehr knapp bemessen sind, den Kitas zugeschlagen, da dort der Rechtsanspruch Kinderbetreuung sichergestellt werden musste.

Die Aufrechterhaltung der Präventions- und Dienstleistung für Familie müsste trotz Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen sichergestellt werden. Dazu braucht es zum Schutz des Personals Maßnahmen zur frühzeitigen und ausreichenden Information, allgemeine Hygiene- und Verhaltensregeln sowie Zutrittsbeurteilungen und die Bereitstellung von Schutzausstattung oder Vorbereitungen auf Impfung des Schlüsselpersonals.

Der Bundesverband der Familienzentren e.V. fordert alle Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen, das Gesundheitswesen und die Wissenschaft – auf, in ihren Zuständigkeiten das ihnen Mögliche beizutragen, um Familien insgesamt eine überdauernde, die Lernwege der Kinder und Jugendliche begleitende, präventive förderliche Begleitung auch unter krisenhaften Bedingungen zu ermöglichen.

Eine Maßnahme wäre dafür, flächendeckend die Kommunen zu verpflichten, Präventionsketten einzurichten, die sich nicht nur am Bildungsverlauf der Kinder und Jugendliche orientieren, sondern parallel dazu dezidiert die Kompetenz- und Gesundheitsentwicklung der Eltern stärken.

Die Maßnahmen für Familien sind sinnvollerweise am Bildungsregelsystem für Kinder und Jugendliche anzudocken, damit möglichst viele Familien davon profitieren. Ein Ziel der Maßnahmen müsste jedoch sein, Eltern direkt anzusprechen und zu motivieren, sich selbst und ihre Kinder und Jugendliche gesundheitlich und bildungsmäßig nachhaltig zu stärken und sie resilient auch für künftige Krisen zu machen. Dafür benötigen zahlreiche Eltern passgenaue Unterstützung, die nur im Dialog und in Beziehung mit ihnen möglich ist. Passgenauigkeit kann heißen Austausch, Kontakte zu anderen Eltern, Integration, Ideen und Anregung, Wissen oder Beratung zu unterschiedlichen Themen. Familienorientierte Einrichtungen mit sozialräumlichem Auftrag wollen für und mit Eltern Brücken bauen zum Wohlbefinden am Wohnort, ihnen Zugänge zu kulturellen und sozialen Angeboten schaffen und im Benehmen mit kommunalen, privaten und kirchlichen Einrichtungen für demokratisches Zusammenleben werben.

Um Eltern präventiv zu erreichen ist ein Netzwerk an Kooperationspartnern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nötig, das dafür sorgt, dass niedrighschwellige und familienzentrierte Anlaufstellen wie Kinder- und Familienzentren, Nachbarschafts- oder Stadtteilhäuser als One-Stop-Shop vorhanden sind. Dafür müssten Versäulungen beseitigt werden, welche fachliche Grenzen zwischen Gesundheit, Bildung, Betreuung und Wohlbefinden setzen. Idealerweise sollten die Vereinbarungen zur niedrighschwelligen

systemischen Begleitung von Familiensystemen zudem über die Landesgrenzen hinweg getroffen werden. Es kann nicht sein, dass Familien in Berlin oder Bremen flächendeckend gut begleitet werden, in anderen Ländern jedoch der Zufall darüber entscheidet, welche Kommune von sich aus für ihre Familien sorgt und deren Gedeihen als zukunftsweisend betrachtet.

Im Rahmen der gesundheitlichen Prävention für Familiensysteme sieht der Bundesverband der Familienzentren e.V. folgende Handlungsfelder:

- **Handlungsfeld Geburtshilfe und Früherfassung:** Schwangerschaft und Übergang von der Geburtsklinik in die Familie: Zahlreiche größere Kommunen haben hierfür bereits Unterstützungssysteme durch Familienhebammen und Babylotsen geschaffen, die (werdende) Eltern an die Hand nehmen und sie bei Interesse einem Familienzentrum zuführen. Dazu zählen auch Mehrgenerationenhäuser, Bildungshäuser oder Stadtteilzentren, die für die frühe Begleitung von Familiensystemen eingerichtet sind, d.h. wo erwachsenenbildnerische Maßnahmen mit pflegerischen und pädagogischen Angeboten Hand in Hand vorgehalten werden.
- Das **Handlungsfeld Frühe Hilfen** unterstützt vor allem Familien mit Belastungen nach der Geburt, z.B. über Willkommensbesuche, Lotsendienste, Familienhebammen, Stillkurse oder Babypflege. Frühe Hilfen ~~müssen dafür~~ sorgen dafür, dass Eltern und Kinder in ihrem Wohnumfeld Anschluss und Kontakte finden. Dafür geeignet sind offene Treffs in Kinder- und Familienzentren oder ähnlichen Quartierszentren.
- Das **Handlungsfeld Kindertagesbetreuung** steht in der Präventionskette an nächster Stelle. Auch wenn dort Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bewegung vorgesehen sind, werden hier die Eltern als wichtige Vorbilder noch zu oft außer Acht gelassen. Da immer häufiger keine Großeltern oder Verwandte das Wissen über gesundheitliche und pädagogische Entwicklungsbegleitung weitergeben, wäre es sinnvoll, parallel zur Kita ein gutes Qualifizierungsangebot für Eltern vorzuhalten. Analog zu den Schulen, wo gerade ein Experiment mit Mental Health Coaches des BMFSFJ läuft, brauchen Eltern in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder möglicherweise Gesundheits- oder BildungsCoaches, die sie beraten, bevor sich akute Krankheiten und Krisen manifestieren. Sie wären gut platziert in Familienzentren bzw. sollten eng mit diesen zusammenarbeiten.
- Gesundheit spielte früher in der **Schule** stets eine Rolle. Heute finden Entwicklungsuntersuchungen in den Arztpraxen statt. Die Kommunikation zwischen Lehrkräften, Eltern und Gesundheitsexpert*innen ist dringend zu verbessern. Vielerorts wird die Sorge um die psychische und physische Gesundheit in der Schule ausgeblendet oder delegiert. Weil es viel zu wenig Beratungs- und Therapieplätze für Kinder und Jugendliche gibt und die Wartezeiten unter Umständen sehr lange dauern, fühlen sich sowohl Kinder als auch Eltern allein gelassen. In NRW und auch in anderen Ländern entwickeln sich gerade **Grundschulfamilienzentren**. Obwohl der Zugang von Familien ins Bildungswesen im Schulalter der Kinder viel zu spät ist und möglicherweise eher darauf zielt, die Eltern in die Erfordernisse der Schule

einzubinden, sind diese Familiengrundschulzentren möglicherweise für manche Eltern dennoch eine wichtige Anlaufstelle. Dabei geht es vermutlich weniger um Gesundheits- denn um Bildungsfragen. Mit dem Ausbau zuständigkeitsübergreifender Angebote für Familien können Bildungsangebote für Eltern auch im Schulalter noch zur Verbesserung der Familiengesundheit führen und sind daher zu begrüßen.

2. Handlungsfeld: Staatliche Krisenvorsorge

Krisenvorsorge im Gesundheits- und Bildungssektor ist in erster Linie Aufgabe der Länder, Kommunen sowie von Trägern der entsprechenden Einrichtungen. Während Corona wurde schnell deutlich, dass das Szenario „Pandemie“ Restriktionen für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen mit sich brachte, die die gewohnten Prozesse zur Erbringung der kritischen Dienstleistungen erschwerten oder in ihrer Umsetzung einschränkten. Viele der Maßnahmen wurden ad hoc getroffen und stellten sich hinterher als ungeeignet heraus.

Aufgabe Identifizierung von Krisen

Fach- und insbesondere Leitungskräfte in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für Kinder (und Familien) benötigen bereits im Vorfeld von Krisen eine klare Definition, wann wirklich von Krise gesprochen werden soll. Das schließt die Vorbereitung von Verordnungen und Tools ein, die Führungspersonen selbst in Krisen gelassen und ruhig bleiben lässt und ihnen Handlungsoptionen eröffnet. Im Idealfall sind Fach- und Leitungskräfte für den Umgang mit Störungen qualifiziert und haben bei der Entwicklung sinnhafter Maßnahmen mitgewirkt bzw. sind sie geschult, diese Maßnahmen wirkungsvoll umzusetzen. Sie verfügen zudem über Methoden, die Familien motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Im Verlauf der Pandemie wurde der Bedarf einer Konkretisierung der kritischen Dienstleistungen und Prozesse sehr deutlich. Ziel sollte es daher sein, auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen eine harmonisierte Übersicht der Sektoren, Branchen, kritischen Dienstleistungen und kritischen Prozessen bereits vor dem Eintreten einer Krise/eines Ereignisses vorliegen zu haben. Neben der Identifizierung kritischer Infrastrukturen und systemrelevanter Einrichtungen wurde der Bedarf der Priorisierung deutlich. Familien und Kinder schützend zu begleiten, müsste oberste Priorität des Staates sein. Unter anderem gilt es zur Entschärfung kommender Krisen sowohl im Gesundheits- als auch im Bildungswesen präventiv für eine auskömmliche Personaldecke zu sorgen. Die Pandemie hat gezeigt, dass Ausfälle von Personal sofort auf die Kinder und Eltern durchschlagen und dass eine ungenügende Begleitung zu Unsicherheiten, emotionalen Störungen und Missgunst führen können. Kinder und Jugendliche aus Familien mit Erwachsenen, die nicht arbeiten oder prekäre Jobs haben, sind besonders gefährdet, sowohl gesundheitlich als auch bildungsmäßig den Anschluss an ihre Altersgruppe zu und die soziale Teilhabe wird erschwert. Sie sind aber diejenigen, die als erste zu Hause bleiben mussten. Daher gilt es ein Konzept zu entwickeln, das genau diese Familien berücksichtigt und sicherstellt, dass nicht ganze Jahrgänge von Kindern und Jugendlichen durch die Raster fallen.

3. Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten

Zwar wurden in den vergangenen Jahren große und bevölkerungsrepräsentative Studien wie KIGGS und ihre Nachfolgestudie BELLA, COPSY und andere zur Erfassung von Gesundheitsdaten durchgeführt. Wichtig wäre, mehr über die Wirkung von ambulanten und

präventiven Maßnahmen zu erfahren. Aktuell werden gesundheitsbeeinträchtigende Situationen und Krisen, die individuell auch durch (Bildungs- oder Informations-)Armut entstehen können, oft nicht aufgefangen, weil zu wenige Angebote vorhanden sind oder extrem schwierige und langwierige Zugänge (Wartezeiten, Personalmangel, sprachliche Verständigung usw.) zu überwinden sind. Psychosoziale Folgen von Krisen sollten u.a. dadurch vermieden werden, dass persönliche und digitale Angebote als integrale Bestandteile des Krisenmanagements sichergestellt werden.

Allerdings sind für die Bewältigung künftiger Krisen mehr systematische Daten erforderlich, die dazu dienen können, Maßnahmen gezielter und effektiver einsetzen zu können. Aktuell fehlen in Deutschland aussagekräftige Langzeit-Forschungen, die die Wirkung von Familienzentren und ihrer ganzheitlichen präventiven Begleitung von Eltern und Kindern beschreiben.

Niedrigschwellige und präventive Angebote für Familien fallen immer wieder aus den sozialräumlichen Planungen heraus, da deren Erfolge nicht kurzfristig sichtbar sind, politisch Verantwortliche jedoch vorzeigbare Ergebnisse brauchen. Daher wird Armut erst bekämpft, wenn sie bereits da ist und man muss erst krank werden, bevor man Unterstützung bekommt.

Der Bundesverband der Familienzentren e.V. empfiehlt, dass die Enquete-Kommission darauf dringt, eine **umfassende und zuständigkeitsübergreifende Begleitstrategie für Familiensysteme** einzurichten. Es sollen – auch nicht in Krisen - einzelne Krankheiten, Unzulänglichkeiten oder Menschen mit bestimmten Merkmalen im Blick sein, sondern das Krisenmanagement sollte sich auf ein gesamtgesellschaftliches Verständnis von Vor- und Fürsorge, Demokratie und Solidarität stützen können.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Neunter Familienbericht Eltern sein in Deutschland – Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt. 2021

DJI Deutsches Jugend Institut (DJI), Robert Koch Institut (Hg.): Kindertagesbetreuung und Infektionsgeschehen während der COVID-19-Pandemie. Abschlussbericht der Corona-KiTa-Studie; 2021

Journal of Health Monitoring

Strametz R, Raspe M, Ettl B et al. Handlungsempfehlung zu Stärkung der Resilienz von Behandelnden und Umgang mit Second Victims im Rahmen der Covid-19-Pandemie zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens. Aktionsbündnis Patientensicherheit; 2020

Kontaktadresse:

Bundesverband der Familienzentren e.V.
Daniela Kobelt Neuhaus, Geschäftsführung
Ritterstr. 35, 10969 Berlin
Tel. 0151 4318 777
info@bundesverband-familienzentren.de
www.bundesverband-familienzentren.de